



# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Sozialausschuss</b>		
Sitzungsort		
<b>Jugendzentrum Märkische Str. 16</b>		
Datum	Beginn	Ende
<b>21.09.2011</b>	<b>17:00 Uhr</b>	<b>18:05 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## **Mitglieder**

Neu, Thomas

Oehl, Heinz

Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Rolf  
Steuernagel

Thier, Heinz-Georg

Beckenhusen, Ursula

Gregor-Rauschtenberger, Brigitte

Garn, Elke

Röllinghoff, Roswitha

## **beratende Sitzungsteilnehmer/innen**

Gouderi, Vasiliki

## **Vorsitzende**

Orentat-Steding, Ingrid

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Koch, Andreas

Scheller, Hans-Joachim

Schweinsberg, Ralf

## **Schriftführer/in**

Menke, Olaf

Abwesend:

## **Mitglieder**

Heinemann, Manfred

## **stellv. Vorsitzende**

Lubitz, Eleonore

## **stellv. Vorsitzender**

Steuernagel, Rolf

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die Vorsitzende
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestellung eines Schriftführers 191/2011
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2011
- 5 Mündlicher Bericht der Verwaltung über die Veranstaltung am 07.09.2011 - Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen in Schwelm -
- 6 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 7 Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (mündlicher Sachstandsbericht und Vorstellung der Mitarbeiterinnen)
- 8 Gründung einer AÖR "Jobcenter"  
Nachbetrachtung zur gemeinsamen Sitzung des Sozial- und des Hauptausschusses vom 12.09.2011
- 9 Einführung eines Sozialtickets (mündlicher Sachstandsbericht)
- 10 Mitteilungen
- 11 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die Vorsitzende

Frau Orentat-Steding begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Sozialausschusses

- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung schlägt sie folgende Änderungen vor:

### **Hinzugekommener TOP:**

A3 VL 191/2011

„Bestellung eines Schriftführers“

### **Verschobener TOP:**

**A7** „Mündlicher Bericht der Verwaltung über die Veranstaltung am 07.09.2011 – Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen in Schwelm – „  
**auf A5**

Anschließend ruft sie zur Abstimmung über die Erweiterung/ Änderung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	Ja	8
	Nein	0
	Enthaltung	1

- 3 Bestellung eines Schriftführers

191/2011

### **Sachverhalt:**

Die Protokollierung der heutigen Sitzung des Sozialausschusses soll durch Herrn Menke erfolgen, da die für dieses Gremium bestellten Schriftführer verhindert sind.

### Beschlussvorschlag:

Herr Menke wird zum Schriftführer für den Sozialausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2011

Herr Kampschulte weist darauf hin, dass im Ratsinformationssystem die auf Seite 3, Punkt 1 erwähnte Anlage nicht zur Verfügung steht. Die Verwaltung sagt Prüfung zu. Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 5 Mündlicher Bericht der Verwaltung über die Veranstaltung am 07.09.2011 - Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen in Schwelm -

Herr Koch berichtet von der Veranstaltung am 07.09.2011:

- Es waren ca. 30 Gäste , u.a. aus verschiedenen Vereinen und Organisationen anwesend.
- Es wurden viele Hinweise auf Einzelproblematiken gegeben.
- Die Einrichtung einer Koordinatorenstelle bei der Stadt wurde begrüßt.
- Ein unterstützendes Gremium ist wünschenswert, unklar blieb, ob es ein Beirat oder ein Unterausschuss werden soll, ebenso unklar blieb die Verbindlichkeit.

Als Ergebnisse der Veranstaltung wurden am 07.09.2011 folgende Punkte festgehalten:

## VERANSTALTUNG „ MITWIRKUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN“

### - STICHPUNKTESAMMLUNG -

- **Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum**
- **Öffentliches Behinderten-WC**
- **Hinweistafeln am Busbahnhof**
- **Informationen in einfacher Sprache**
- **Akustische Ampeln**
- **Sprachinformationen für Sehbehinderte**

- **Leitlinien und Führungen im Straßenverkehr**
- **Akustische Ansagen an Bushaltestellen**
- **Akustische Ampeln auf Funktion überprüfen (Klicktakte neu einstellen)**
- **Bordsteine schwierig für Rollatoren und Rollstühle zu überwinden**
- **Absenkungen z.B. in Bahnhofstraße nach Neubau verschwunden**
- **Wichtig ist ein Behindertenbeauftragter als zentraler Ansprechpartner, mit Beirat als beratendem Gremium**
- **Treppenstufe an der Sparkasse schwer erkennbar**
- **In der Fußgängerzone mittig glattes Pflaster anbringen**
- **Behindertenvertreter als „sachkundige Bürger“ im Ausschuss**
- **Barrierefreie Sitzungsräumlichkeiten**
- **Geistig Behinderte und Demenzkranke berücksichtigen**
- **Satzung für Beirat notwendig**
- **Beirat ohne Politikbeteiligung**
- **Abschaffung von „Angsträumen“ ( z.B. Ibach-Brücke)**
- **Mehr öffentliche Toilettenanlagen einrichten**
- **Auch psychisch Behinderte nicht vergessen (Tel. Anmerkung von Frau Herweg am 15.09.2001)**

In der Folge diskutierte der Ausschuss die Ergebnisse kontrovers.

Herr Schweinsberg gab die Verwaltungsmeinung wieder, dass ein Beirat, durch eine Satzung untermauert, als „Unterausschuss des Hauptausschusses“, allerdings ohne politische Besetzung, möglichst zum Jahreswechsel eingesetzt werden soll. Ein Koordinator bei der Stadtverwaltung sei dabei unstrittig.

Herr Philipp als Antragsteller teilte mit, das Gespräche mit Betroffenen den Wunsch nach Beirat+Koordinator deutlich gemacht hätten.

Herr Neu und Frau Gregor-Rauschtenberger vertreten die Ansicht, ein beratendes Gremium ohne Beteiligung der Politik gewährleiste eine neutrale Sichtweise.

Herr Kampschulte und Frau Garn äußerten noch Beratungsbedarf in ihren Fraktionen.

Als Fazit wurde festgehalten: Eine Satzung wird vorbereitet, das kurzfristige Ergebnis aus den Fraktionen abgewartet, dann eine neuer Termin koordiniert.

6 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

-keine-

7 Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (mündlicher Sachstandsbericht und Vorstellung der Mitarbeiterinnen)

Frau Wallat und Frau Regulski werden als neue Schulsozialarbeiterinnen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes vorgestellt. Sie haben jeweils 22 Wochenstunden. Sie berichten über die Anfänge ihrer Arbeit sei dem 01.09.2011. Eine erste Kontaktaufnahme mit den Schulen hat bereits stattgefunden, in der Folge werden Sprechstunden an den weiterführenden Schulen stattfinden. Sie arbeiten schulübergreifend und sind arbeitsplatztechnisch an den Fachbereich 4, Familie und Bildung, angebunden.

8 Gründung einer AÖR "Jobcenter"  
Nachbetrachtung zur gemeinsamen Sitzung des Sozial- und des Hauptausschusses vom 12.09.2011

Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung Sozialausschuss/Hauptausschuss liegt noch nicht vor.

Herr Schweinsberg und Herr Scheller teilen mit, dass laut Kreisverwaltung der Zeitplan bisher eingehalten werden kann.

9 Einführung eines Sozialtickets (mündlicher Sachstandsbericht)

Herr Schweinsberg zeigt ein Muster des „Sozialtickets“. Es wird erläutert, dass voraussichtlich 15-20% der Berechtigten ein solches Ticket beantragen werden. Das Antragsprozedere wird beschrieben, außerdem angemerkt, dass der Geltungsbereich mit Preisstufe A sehr eingeschränkt ist.

**( Ergänzende Information von der Internetseite des VRR: Auf Basis eines Ticket1000 hat das Sozialticket folgende weitere Merkmale: kostenfreie Mitnahme von maximal drei Kindern bis 14 Jahren nach 19 Uhr sowie an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen. Ein ZusatzTicket zum regulären Preis ermöglicht die Erweiterung des Geltungsraumes.)**

Das Ticket wird nicht auf den Regelsatz der Leistungsbezieher angerechnet. Teilnehmende Städte sind die kreisfreien und kreisangehörigen Städte des

Verkehrsverbundes Rhein/Ruhr. Die Kreistagsvorlage zum Thema wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Erfahrungen über die Nachfrage und die Abwicklung dieser neuen zusätzlichen Aufgabe werden im Frühjahr 2012 vorliegen und dem Ausschuss dann berichtet werden.

## 10            Mitteilungen

Die Verwaltung teilt mit, dass der Antrag der SPD auf Erstellung einer Sozialraumanalyse im JHA beraten worden ist.

Dort wurde von der Vertreterin der SPD über die Hintergründe des Antrages berichtet und dargestellt, dass eine Verringerung der Kindeswohlgefährdung und eine stärkere Vernetzung durch die aus der Analyse abgeleiteten Maßnahmen erreicht werden soll.

Herr Schweinsberg sieht es als notwendig, dass alle tangierten Bereiche wie z.B. die Stadtentwicklungsplanung bei der Erstellung einer Sozialraumanalyse beteiligt sein müssen. Die Verwaltung hat verschiedene Angebote geprüft, da die Erstellung durch Mitarbeiter der Verwaltung nicht leistbar ist. Die kostenneutrale Möglichkeit eines Studienprojektes einer Universität soll weiter verfolgt werden. Beginn einer solchen Maßnahme wäre dann das Wintersemester 2012.

Im JHA wurde vorgeschlagen, dass die Verwaltung für den Hauptausschuss eine Vorlage einbringt, durch die ein Uniprojekt beschlossen werden soll.

Frau Gregor-Rauschtenberger weist auf entsprechende Kompetenzen an der Uni Essen hin.

Herr Philipp als Antragsteller führt aus, dass Zielrichtung die Errichtung eines Netzwerkes, ähnlich dem Dormagener Modell, sein soll, die Analyse bildet dafür die Basis

## 11            Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

-keine-

Unterschriften zu den Seiten 1 bis ... der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 22.09.2011	Vorsitzende gez. Orentat-Steding	Schritfführer gez. Menke
-------------------------	-------------------------------------	-----------------------------